

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Schluss mit der Mörgelei!

Von den Ursachen des Mitgliederückganges redeten wir in der vorletzten Nummer. So schwer gewiß das Versagen in vielen örtlichen Führerstellen wiegt, es erklärt nicht alles. Denn die guten, pflichteifrigen Vorstände werden uns entgegenhalten, daß sie trotz größter Mühen und Anstrengungen auch nicht alle Mitglieder zu halten vermochten. „Diese Menschen sind in einer geistigen Verfassung, daß man sie überhaupt zu nichts mehr gebrauchen kann“, schrieb uns im vorigen Sommer ein Verwaltungsvollständiger. In der Tat war die geistige Grundeinstellung breiter Arbeitermassen in den letzten Jahren so unerschütterlich und unfruchtbar wie nur möglich. Das Märchen vom „Versagen der Gewerkschaften“ kam auf und wurde geglaubt. Der allgemein beklagte Niedergang des gewerkschaftlichen Geistes hängt damit auf das engste zusammen. Von diesem zur Mitgliederflucht ist aber nur ein Schritt.

Man muß weiter zurückgreifen, will man verstehen, wie es zu diesem Umschwung in der Bewertung der Gewerkschaften kommen konnte. Kriegs- und Revolutionserleben blieben nicht ohne tiefgreifenden umgestaltenden Einfluß auf das Denken des Arbeiters. Im Kriege wurde sich die Arbeiterschaft erst so recht ihrer Bedeutung für den Staat bewußt. Das hob ihr Selbstbewußtsein. In der Heimat griff eine verschönlendere Stimmung gegenüber der Arbeiterbewegung und den sozialen Problemen Platz. Selbstverständlich, daß der Arbeiterschaft nach dem Kriege die volle Gleichberechtigung im Staate eingeräumt werden mußte. Stimmen aus dem Arbeiterlager verhielten Abkehr von der bisherigen falschen Behandlung der Arbeiterschaft. Die oberste Heeresleitung tat ein Übriges und versprach „jedem Deutschen eine Heimatstätte“. So kamen die Arbeitermassen trotz Niederlage mit großen Hoffnungen aus dem Felde zurück. Die siegreiche Revolution mußte diese Hoffnungen geradezu ins Ungemessene steigern. „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!“ (Scheidemann.) Nun mußte sich alles, alles wenden. Eine mechanische Zustandsreform großen Stils, genannt Sozialisierung, sollte das Arbeiterparadies in Deutschland schaffen.

Diese aussehensvollen Hoffnungen erfüllten sich nicht, weil sie sich nicht erfüllen konnten. Wir waren ja arm geworden durch den Krieg, hatten obendrein diesen Krieg, den größten der Weltgeschichte, verloren. Die Wirtschaft zerrüttet, die Währung in fast unausgesprochenem Gleiten, von den Weltmärkten abgeschnitten. Dazu die unbarbarische Siegerraub im Osten, die uns bei der inneren Konsolidierungsarbeit fast auf Schritt und Tritt hemmte und obendrein noch gewaltige Leistungen von uns erprekte. Das waren nicht die Verhältnisse, um einen Idealaufstand für die Arbeiter zu schaffen. Aber jahrelang war dieser Irrglaube nicht zu brechen. Irrgeführt durch die billigen Revolutionserfolge, vermeinte man, die Arbeiterschaft könne durch rückfällige Ausnützung der Macht alles erreichen. Verzweifelnd erhoben führende Sozialisten ihre warnenden Stimmen. „Ihr könnt doch keine Hundertmarkscheine essen“, rief verzweifelt der ehemalige Volksbeauftragte Barth seinen Genossenschaftsgenossen zu, und nicht weniger drastisch meinte Rantke, eine Sozialisierung unter den gegebenen Verhältnissen könne nur eine „Sozialisierung des Glucks“ bedeuten. Lange und hart mußten die Tatsachen sprechen, ehe unsere wirkliche Lage erkannt wurde. Damit war aber auch die Enttäuschung da. In dieser Stunde wurde das Wort vom Versagen der Gewerkschaften geboren. Es ging zunächst die sozialistische Bewegung an. Wer wollte aber verkennen, daß mit der zunehmenden Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Durchführung grundsätzlicher sozial- und wirtschaftsreformierender Pläne auch in unseren Reihen ein gewisser Stimmungsrückschlag eintrat. Jedenfalls, der Höhepunkt in der Mitgliederbewegung war überschritten, es ging rückwärts.

Die Unzufriedenheit wurde allgemein in der Arbeiterschaft, als die Inflation, etwa vom Sommer 1922 ab, ein schnelleres Tempo annahm und die Rückwirkungen auf die Löhne nicht ausblieben. Die Reallohne sanken rasant tief. Aber nur blanke Unvernunft kann aus dieser Tatsache ein Versagen der Gewerkschaften herleiten. Die Wahrheit ist, daß die Verbände niemals angestrengter um die Lohninteressen der Arbeiterschaft bemüht gewesen sind, als in jener Zeit. Den Bauarbeiterverbänden war es überdies gelungen, ein Abkommen über die Verbleibendhaltung der Löhne durchzusetzen. Es war ein sehr gutes Abkommen, verjahte aber dennoch in der Praxis bald vollständig. Heute sollten über das Lohnproblem in der Inflationszeit keine Meinungsverschiedenheiten mehr herrschen. Es ist doch klar: Bei dem nächsten, zurecht rüchlichen Emporklettern der Preise hätte ein Lohn nur wertbeständig bleiben können, wenn er ebenfalls täglich und stündlich ausbezahlt worden wäre. Nein, dann nicht einmal. Ein wirklich wertbeständiger Lohn setzt ein wertbeständiges Zahlungsmittel voraus. Das zu schaffen lag aber

nicht in der Macht der Gewerkschaften, ist überhaupt keine Angelegenheit, die sich von heute auf morgen verwirklichen läßt.

Übrigens kritisieren heute nicht wenige die „falsche“ Lohnpolitik der Gewerkschaften in der Inflationszeit, die damals selbst ein recht geringes gewerkschaftliches Interesse befundeten. Man hatte doch die amtlichen Schlichtungsausschüsse! Die sorgten ja für Lohnerhöhungen. Es sind gar nicht so wenige Arbeiter, die aus dieser „Schlaue“ Ueberzeugung heraus den Gewerkschaften schon damals den Rücken kehrten.

Noch auf einen anderen Umstand darf hingewiesen werden. In der Zeit der schnell voranschreitenden Inflation waren Kämpfe um höhere Löhne ja nahezu unmöglich gemacht. Die heute aufgestellte Forderung war morgen meist schon überholt. Die Geldentwertung bedingte ohne weiteres Lohnerhöhungen. Was konnte durch Kämpfe mehr herausgeholt werden? Das ließ sich in der Praxis kaum noch bestimmen, weil die Maßstäbe fehlten. Andererseits bekamen die Verbände, teils verschuldeter, teils unverschuldeterweise, nur stark entwertetes Geld in ihre Kassen. Es reichte eben hin, um den Verbandsapparat im Gang zu halten, nicht mehr aber zur Finanzierung von Kämpfen. Diese Tatsachen waren auch damals den Mitgliedern allgemein bewußt. Heute möchte Unverständnis die Dinge so darstellen, als sei die Arbeiterschaft mit ihren Löhnen damals nur deshalb so versackt, weil es den Gewerkschaften am nötigen Kampfeswillen gefehlt habe.

Wohl die größte Enttäuschung rief in der Arbeiterschaft das Wiedererstarken der sozialen Reaktion hervor. Schon die Tatsache, daß das Unternehmertum überhaupt noch einmal in solchem Umfange angriffsweise gegen die Arbeiterschaft vorgehen konnte, wurde den Gewerkschaften und namentlich den Gewerkschaftsführern als ein Versagen angerechnet. Wir haben zu diesem Kapitel schon häufig unsere Meinung gesagt. Hier nur einige Feststellungen: Die Unternehmer hatten sich mit dem durch die Revolution herbeigeführten Umschwung nicht innerlich abgefunden, sich ihm vielmehr nur äußerlich gebeugt. Vom ersten Tage der Revolution an konnte für den nächsten Beobachter kein Zweifel sein, daß sie noch einmal um die Zurückgewinnung der verlorengegangenen Machtpositionen kämpfen würden. Diese zweite Phase des Kampfes erleben wir jetzt.

Insmerhin, welche neueren Errungenschaften sind denn den Bauarbeitern bis jetzt genommen worden? Genau befehen, nur die Ferien. Diese sicher auch nicht endgültig. Vieles ist bedroht, aber doch eben auch nur bedroht. Die am heftigsten berannte Position, der Achtstundentag, besteht für 90 Prozent der Bauarbeiter noch in vollem Umfange. Wohl sind die Löhne unbefriedigend. Aber damit wird noch keineswegs eine Machtlosigkeit der Bauarbeiterverbände bewiesen. Wie es ist, wenn die Gewerkschaften wirklich einmal machtlos sind, hat den Bauarbeitern der vorige Winter gezeigt. Willkürlich wurden die Löhne herabgesetzt; selbst vor Vertragsbrüchen schreckten die Unternehmer nicht zurück. Aber seitdem ist auch das Lohnniveau im Baugewerbe sehr wesentlich gehoben worden. Die Löhne der Bauarbeiter sind heute noch zu niedrig im Vergleich zu den Preisen. Neben den Löhnen anderer großer Industrien und Gewerbe, in denen allerdings zum Teil wahre Glendlöhne bezahlt werden, können sie sich aber sehr wohl sehen lassen.

Nein, nicht die Gewerkschaften, wohl aber ein sehr erheblicher Teil der Arbeiterschaft hat versagt! Der vorstehend geschilderte Vorgang der Dinge läßt deutlich erkennen, welche entscheidenden Fehler gemacht worden sind. Einmal wurde die Macht des Staates und die Kraft staatlicher Regelungen überschätzt. Durch den Glauben an die Allmacht des Staates wurden die besten Kräfte der Selbsthilfe gelähmt. Der entscheidende Wille zur Einsetzung der eigenen Kraft trat zurück. Der Staat vermag aber nicht alles. Heute, wo wir die Erfahrung hinter uns haben, sehen wir ganz klar, daß er die Wirtschaft wohl beeinflussen, aber nicht beherrschen kann. Sicher darf die Arbeiterschaft auch für die Zukunft Wertvolles von der Staatshilfe erwarten. Nur muß sie sich hüten, in der Staatshilfe das Erste und Wichtigste zu sehen; dies wird vielmehr immer die Selbsthilfe bleiben. Die Selbsthilfe muß der Staatshilfe den Boden bereiten! — Der zweite große Fehler war, so paradox es klingt, daß auch die Macht der Gewerkschaften überschätzt wurde. Weil es ihnen nicht gelang, alles Unheil von der Arbeiterschaft abzuwenden, entzogen ihnen ungeschulte Massen das Vertrauen. Die Gewerkschaften sind aber kein Universalmittel gegen alle Uebel der Zeit. Sie können z. B. nicht den Versailles Friedensvertrag aus der Welt schaffen. Unter diesem Schandworte leidet aber die Arbeiterschaft am meisten.

Die Bauarbeiter sollen darauf achten, daß ihnen unmännlicher Dader über das Zurückliegende nicht die Zukunft verdirbt. Gerade für das laufende Jahr steht eine Reihe folgenschwerer Entscheidungen bevor. In den nächsten Tagen beginnen die Verhandlungen über den Reichs-

tarifvertrag. Es geht um den Achtstundentag, die Ferien, die Wohngestaltung. Das Unternehmertum entwickelt höchste Aktivität. Da können wir uns den Luxus müder und verdrossener Stimmungen nicht leisten. Darum endlich Schluss mit der unfruchtbareren Nörgelsucht und Kritikalerei! Zurück zum alten Gewerkschaftsidealismus! Und mit aller Kraft gearbeitet an der Zurückgewinnung der Abtrünnig gewordenen. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen für einen neuen Aufstieg unseres Standes.

### Arbeitslohn und Lebenshaltungskosten\*)

Von Fr. Heinrich, Karlsruhe.

Wir haben aus dem Munde des Ministers soeben das erfreuliche Bekenntnis gehört, daß die Kollage der Arbeitnehmer in der Hauptsache nur gebessert und ausgeglichen werden kann, wenn die Löhne und die Gehälter den Lebensmittelpreisen angepaßt werden.

Ich habe vor einigen Wochen noch einen anderen Standpunkt vertreten. Ich glaubte an eine Preisentlung, bin aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß das eine vergebliche Hoffnung ist. Wenn man nun einen Kampf um die Verbilligung der Preise führen will, kann dies nicht mit Mitteln geschehen, die in der volkswirtschaftlichen Entwicklung der verschiedensten Großstaaten Europas nicht die nötige Resonanz finden. Die Weltenerung ist heute vorhanden, die allgemeine Geldnot ist in vielen Staaten da und wir haben damit zu rechnen und uns damit abzufinden, daß nicht ein Land aus der Reihe tanzen kann. Die Wettrennungsfähigkeit sagt uns hier alles, was wir zur richtigen Beurteilung brauchen. Die Teuerung ist nämlich fast in allen Ländern gleichmäßig. Sie schwankt von einem Land zum anderen nur um ganz wenige Prozente Unterschied. Unser Niedstaat Baden ist mit der teuersten im Reich. Das Reich bewegt sich in der Mitte im Vergleich mit anderen Ländern. Ein Zeichen dafür, daß wir in Deutschland — was doch unter den verschiedenen, aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Erschwerungen zu leiden hat — einen erfolgreichen Kampf um eine Verbilligung der Lebenshaltung durch Preisentlung nicht gut führen können, weil eben vom Weltmarkt her stärkere und wichtigere Einflüsse auf uns einwirken und den Erfolg dieses unseres Kampfes zunichte machen.

Die Lösung des Lohnproblems stellt wohl die wichtigste und dringlichste Aufgabe dar, die dem deutschen Unternehmertum, dem deutschen Staat und der gesamten deutschen Öffentlichkeit gestellt ist.

Von Seiten der Arbeiterschaft wird — wie das ja auch der Herr Minister anerkannt hat — mit Recht verlangt, die Löhne in ein richtiges Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung zu bringen, den Reallohn dem Lebensstandard anzupassen oder durch Erhöhung des Reallohns diesen Lebensstandard zu heben. Für mich war es erfreulich, daß der Herr Minister erklärt hat, dieses Bestreben der Arbeiter sei als berechtigt anzuerkennen, und daß die Regierung die Lösung dieser Frage vorwiegend in der Hebung des Lohnes erblickt.

Aber auch schon der Herr Minister hat angedeutet, daß die Unternehmer anderer Ansicht sind. Das ist zu bedauern; ich glaube, bei richtiger Würdigung der Gesamtlage müßten auch die Unternehmer zur gleichen Ansicht kommen, wie sie soeben wiedergegeben worden ist. Wenn die Unternehmer willens sind, den Ueberfluß aus der Produktion und dasjenige, was uns seit dem Weltkrieg noch verblieben ist, gerecht auf alle Schichten des Volkes zu verteilen, dann müßten sie, in Würdigung der Verhältnisse, genau denselben Standpunkt vertreten, den heute der Herr Minister eingenommen hat. Leider Gottes tun sie es nicht; immer wieder sprechen sie von der „Unmöglichkeit“, die Löhne zu heben und sie den Lebenskosten anzupassen.

Sie begründen diese „Unmöglichkeit“ und ihre ablehnende Haltung damit, daß durch eine solche Anpassung „die Industrie zugrunde gehen würde“. Ich will nur gar nicht bestreiten, daß es für die deutschen Unternehmer schwieriger ist als für diejenigen des Auslandes, die Löhne den Kosten der Lebenshaltung anzupassen: Denn infolge der ganzen Kriegswirtschaft steht ja die deutsche Industrie heute nicht mehr auf der alten Höhe der Leistungsfähigkeit; in den Unternehmungen Deutschlands sind alle die Erneuerungen, wie sie innerhalb der letzten zehn Jahre notwendig gewesen wären und wie die Betriebe anderer Länder sie auch vorgenommen haben, eben nicht vorgenommen worden; in

\*) Aus einer Rede, gehalten im badischen Landtag.

Deutschland hat die Technik hinsichtlich der Betriebs-  
 Auswertung nicht den gleichen Fortschritt aufzuweisen  
 wie in anderen Ländern. Hierin liegt ja auch mit ein  
 Grund, daß jetzt in den Betrieben unserer Industrien  
 oft diese Reformarbeit nachgeholt werden muß, und ich  
 heitere nicht, daß diese Tatsache die Lösung des Wohn-  
 problems und die Hebung des Reallohns erschwert.  
 Aber heutzutage ist die für die Lebenshaltung der großen  
 Volksschichten bestehende Forderung derartig, daß die  
 Unternehmer unbedingt alles versuchen müssen, dem  
 wäher von Herrn Minister und dem Begründer der  
 Interpellation auch von mir ausgesprochenen Gedanken  
 des „Nachziehens des Lohns“ nachzugehen. Inwie-  
 weit die Arbeiterchaft an der Verzerrung unseres Volkes  
 teilgenommen hat, das geht ja aus dem Zahlenmaterial  
 hervor, das der in dieser Beziehung verantwortliche  
 Minister des Reiches uns wiederholt geliefert hat. Ich  
 will vom Jahre 1913 ausgehen: Wenn innerhalb Deutsch-  
 lands im Jahre 1913 der Durchschnittswochenlohn 35,7  
 (Schwartz mit Rücksicht auf die Inflation überhaupt noch  
 eine Berechnungsmöglichkeit gegeben war) nur noch auf  
 19,25 Mark beschränkt, so ist das als ein geradezu  
 furchtbarer Anfall in der Lebenshaltung der Arbeiter-  
 schaft anzuerkennen. Wenn wir nun das Jahr 1924 ins  
 Auge fassen und feststellen müssen, daß der in diesem  
 Zeitraum bezahlte Reallohn, im Durchschnitt ge-  
 nommen, lediglich noch lange nicht die Höhe des Lohnes  
 von 1913 erreicht hat, und wenn man obenberein die  
 Überbewertung in Betracht zieht, dann muß man sagen,  
 daß in Deutschland der Reallohn in  
 erschreckender Weise gesunken ist. Denn was  
 die oben erwähnte Forderung anbelangt, so ist sie nach  
 meinen Schätzungen höher als 30 Prozent; ich wage  
 zu behaupten, daß heutzutage eine Überbewertung der  
 Lebenshaltung gegen 1913 von mindestens 45 bis  
 50 Prozent anzunehmen ist.

Zur Wiederherstellung unserer Beschäftigung brauchen  
 wir Qualitätsarbeit; und es muß in Deutsch-  
 land intensiv gearbeitet werden. Unter dem eben  
 besprochenen Sachverhalt aber ist es unmöglich, daß  
 wir diese intensive Qualitätsarbeit bekommen. Auch  
 die Industrie muß erkennen, daß für sie  
 nicht etwa die Wiederherhaltung des Lohnes,  
 sondern im Gegenteil eben die Anpassung  
 des Lohnes an die gegenwärtige Lebens-  
 lage das Notwendigste und Nächste ist! Was  
 nicht es aus dem, wenn wir den Lohn zwar niedrig  
 halten, innerhalb der Arbeiterchaft aber eine tiefgehende  
 Verwirrung erzeugen? Es ist falsch und nicht von  
 Vorteil, wenn wir die richtige Arbeitslast erlösen. Da-  
 für aber muß es können, wenn die Mitarbeiter jeden  
 Tag mit Erleichterung an ihre Arbeit herantreten.  
 Schwere Arbeitslasten werden nicht beständig leisten,  
 was Deutschland braucht, um in der Welt wieder zur  
 Geltung zu kommen. Hebung der Arbeits-  
 freude: das sollte das Ziel aller ver-  
 nünftigen deutschen Unternehmer und  
 Volkswirte sein, und sie sollten es sich  
 angelegen sein lassen, alle diejenigen  
 Mittel anzuhängen, die zur Hebung der  
 Arbeitsfreude notwendig sind und die nicht  
 sind: Einmal anständige Behandlung,  
 dann aber Löhne, die dem Arbeiter eine  
 menschenwürdige Lebensführung ermög-  
 lichen, und nicht eine entsprechende Ein-  
 richtung des ganzen Betriebssystems, wie  
 sie unter diesen Gesichtspunkten not-  
 wendig ist. Denken wir doch nur an die viele Zeit,  
 die uns vergeht, um den Arbeitsstand zu beschaffen,  
 die wir verwenden, um nachzugehen, daß man, um  
 ja per Seil zu bestehen und weiterzukommen, unbedingt  
 den Zeit- und Mit-Einsatz haben müsse. Hätte man  
 diese kleine Zeit in den Dienst der Aufgabe gestellt,  
 die Arbeit- und Produktionssteigerung unserer Arbeiter-  
 schaft zu heben, dann wären die Anfälle, die durch  
 die Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber der Zeit vor  
 dem Kriege etwas entstanden sind, schon längst wieder  
 weggegangen! Mit Rücksicht auf die Höhe, wie ich sie  
 Ihnen genannt habe, ist es für den Arbeiter auf die  
 Dauer unerschwinglich, daß er seine Familie ausschließlich  
 durch seinen Lohn ernähren oder auch nur ernähren kann.  
 Die Industrie mag sich so viel und so hoch so hoch  
 von „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ reden: Sie  
 machen es ihr nur zum Teil, nur zum Teil! Wir  
 haben auch ganz gut, können wir ihre Versicherungen  
 und Schutzungen nur zum Teil glauben: Weil die  
 Vertreter der Industrie eben ganz andere Ziele verfolgen,  
 und weil nicht alles mit ihren Leben in Abhängig-  
 keit hängt. Man kommt ja nur eine einzige Zah-  
 lung herauszukommen. Sie wissen alle, daß in den  
 letzten Jahren von Arbeitern entlassen wurden  
 sind. Dagegen haben die industriellen Betriebe  
 heute noch mehr Arbeiter als je früher  
 hatten! Das ist doch ein Zeichen dafür, daß es nicht  
 in allen Beziehungen sich so verhält, wie man es  
 behauptet hat. Ich habe die Behauptung: Sobald  
 Gewerbe und Industrie die in dieser Hinsicht bestmög-  
 lichen Anstrengungen einbringen, und sobald die Vertreter der  
 Industrie einmütig mit ihrem Willen auf die Mittel, die  
 sie nach der Verfügung haben, in den Dienst einer  
 Erreichung der Produktion und der Produktionssteigerung  
 setzen — sobald sie sich bemühen, die Arbeiter-  
 schaft nicht zu verarmen, sondern sie wenigstens für ihren  
 Lohn zu unterstützen —, dann auch die Lösung des  
 Wohnproblems möglich sein, wenn sie auch nur Schritt-  
 weise erfolgen kann. Aber gerade das eben ist es, was  
 wir heute nicht können, weil wir eine Lösung der  
 Wohnfrage zu langsam, verarmen wir in anderen Fällen.  
 Wir vermögen auch den guten Willen, in dem Ar-  
 beiter den Menschen und nicht etwa nur  
 eine Nummer zu sehen. In den großen Fabri-  
 ken der Arbeiterbewegung unterhält man sich über  
 die möglichen Dinge. Und man hat man endlich  
 einmal auch den richtigen Gedanken angeschlossen, daß  
 das nicht viel gewonnen. (Schluß folgt.)

### Urführende Statistik

Der Minister für Volkswirtschaft hat im Landtag  
 bei der Beratung der Anträge über die Aufhebung der  
 Wohnungszwangswirtschaft stets erklärt, wir wollten zwar  
 wieder zu einer freien Wirtschaft kommen, die Woh-  
 nungszwangswirtschaft könne jedoch so lange nicht be-  
 seitigt oder gelodert werden, als Angebot und Nachfrage  
 noch in einem schrecklichen Mißverhältnis stehen. Der  
 Vorstand des Deutschen und Preussischen Städtebundes er-  
 klärte ebenfalls auf einer Tagung am 14. November in  
 Fortuna, daß es die gegenwärtigen Verhältnisse noch  
 nicht ermöglichen, zur freien Wirtschaft überzugehen.  
 Dieses Ziel sei erst dann praktisch zu erreichen, wenn  
 die Nachfrage und das Angebot auf dem Wohnungsmarkt  
 einigermaßen einen Ausgleich gefunden haben. Diesen  
 Standpunkt vertraten sogar bisher auch maßgebende  
 Führer der Hausbesitzer. Jetzt macht man den Ver-  
 such, zu beweisen, daß das Verhältnis von Angebot  
 und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt sich schon die  
 Lage hält und daß überhaupt keine Wohnungsnot vor-  
 handen ist, ja, daß sogar die Belegungsrate der Woh-  
 nungen kleiner ist als vor dem Kriege. Man hat das  
 aus statistischem Material zu beweisen versucht aus Ham-  
 burg, Dresden, Paderborn, Essen, Augsburg, Kassel,  
 Nürnberg usw. Die argumentiert man: Paderborn hat  
 zurzeit 1097 Einwohner mehr als vor dem Kriege. Neu  
 errichtet sind seit dieser Zeit 497 Wohnungen. Da  
 schätzungsweise vor dem Kriege wenigstens 100 Woh-  
 nungen leer standen, ist hiernach für je zwei Neuein-  
 wohner eine neue Wohnung geschaffen. Nehmet man je  
 Wohnung im Durchschnitt fünf Personen, so müßten in  
 den 497 und 100, also rund 600 Wohnungen, 3000 Neu-  
 einwohner unterkunft finden. In Hamburg zählte man  
 am 1. November 1913 auf eine Wohnung 3,73 Einwohner,  
 am 10. Oktober 1923 nur 3,73 Einwohner. In Dres-  
 den kamen am 1. Dezember 1910 auf eine Wohnung 3,95  
 Einwohner, am 1. Oktober 1923 dagegen nur noch  
 3,69. In Essen ist die Wohnfläche von 4,6 auf 4,5  
 zurückgegangen. In Berlin sogar auf 3,3, und wie  
 erklärt man sich diese Erscheinung? In einer Begrün-  
 dung heißt es, die Wohnungswirtschaft bringe eine unge-  
 heure Wohnungshamsterei mit sich, da die Wohnungen  
 fast nichts oder sehr wenig kosten. Mit anderen Worten,  
 die Bevölkerung hat sich größere Wohnungen durch die  
 Wohnungszwangswirtschaft „gekauft“ und wohnt des-  
 halb heute besser als vor dem Kriege. Diese Argumentation  
 macht sich auch der Führer der Hausbesitzer Hamar,  
 München, zu eigen. In Zeitschriften, die er dem Reichs-  
 wirtschaftsrat unterbreitet hat, wird festgestellt: Daß  
 nahezu in allen deutschen Städten kein neuwertiger  
 Bevölkerungszuwachs festzustellen ist; daß mit ge-  
 ringen Ausnahmen in allen deutschen Städten die Be-  
 legungsrate der Wohnungen kleiner ist als vor dem  
 Kriege. Daß die vor dem Jahre 1918 in Besitz einer  
 Wohnung befindlichen ungleich besser und zum Teil über  
 ihre Verhältnisse hinausgehend wohnen, und daß die  
 Zahlen der Wohnungswirter über die Wohnungsuchenden  
 unrichtig seien. Deshalb werden Erhebungen beantragt  
 über folgende drei Fragen:

1. Wieviel Wohnungen sind im Jahre 1914 leer ge-  
 standen?
2. Wie stellt sich die Bevölkerungszahl 1914 und 1924?  
 (Familienzahl)
3. Wieviel neue Wohnungen sind erbaut worden? (unter  
 Zurechnung der Notwohnungen).

Nach Ansicht Hamars ergibt sich aus der Beant-  
 wortung dieser drei Fragen ein Bild des Wohnungs-  
 marktes in den einzelnen Städten, da es nur noch durch  
 die Zahl der Verheirathungen und Todesfälle beeinflusst  
 werden könne.

Hamar verfällt in denselben Fehler wie die Stadt  
 Paderborn. Es heißt einfach, leer stehende Wohnungen +  
 neuerbauten Wohnungen = Bevölkerungszahl 1914 und  
 1924. Will man die neuerbauten Wohnungen als Plus  
 eintragen, muß man dann nicht die seit 1914 abgegangenen  
 Wohnungen als Minus eintragen? Sind nicht Tausende  
 von Wohnungen in den Großstädten während und nach  
 dem Kriege von Kriegsgesellschaften, Banken, Reich, Staat  
 und Gemeinden in Anspruch genommen und auch von  
 den freien Verrenten zu Verpächtern veräußert worden, und  
 werden heute noch als solche verwendet? Sind nicht Tau-  
 sende von Wohnungen in einem solchen Zustande gewesen,  
 daß es mit Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden  
 war, darin noch länger zu wohnen, und sind nicht da-  
 durch, daß in den letzten zehn Jahren kaum etwas an den  
 Häusern gemacht wurde, heute Tausende von Wohnun-  
 gen in einem solchen Zustande, daß man sie direkt als  
 menschenunwürdig bezeichnen und ihre Räumung sobald  
 als möglich vornehmen muß? Sind nicht Tausende  
 von Häusern in Notwohnungen (Baracken, Holzhäusern  
 u. dgl.) untergebracht worden, die jeden Tag einzufliegen  
 drohen? Laß man nicht auf solche Gedanken kommt  
 bei der Klärung der Frage, jetzt, wie es um die Ob-  
 jektivität gewisser Kreise bestellt ist.

Die Statistik soll nur noch durch die Zahl der Ver-  
 heirathungen und Todesfälle beeinflusst werden. Zahlen-  
 mäßig vielleicht, aber ganz anders in der Wirkung. Sterben  
 in einer Familie zwei Personen, dann wird dadurch noch  
 keine Wohnung frei. Wohl sind die Belegungsrate einer  
 Wohnung. Geiraten dagegen zwei Personen, dann  
 wird für diese eine neue Wohnung in Anspruch genom-  
 men. Deshalb ist auch die Statistik falsch, wenn sie ledig-  
 lich die Bevölkerungszahl zugrunde legt. Nicht die Woh-  
 nungen sind entbehrlich, sondern die Familien. Wenn  
 hunderte Tausende Soldat während des Krieges geflossen sind,  
 wurde dadurch kein eine Wohnung frei. Wenn hun-  
 derte Tausende Familienmitglieder den Lebenslauf geschlossen sind,  
 blieb die Wohnfläche mit ihrer Familie meistens in der Woh-  
 nung wohnen. Wenn aber hunderte Tausende Flüchtlinge aus  
 den besetzten und abgetretenen Gebieten in unsere Städte  
 strömen, dann werden für diese neue Wohnungen er-  
 forderlich. Von den hunderte Tausenden jungen Eheleuten,  
 die in den letzten fünf Jahren getraut haben, dürfte  
 nur ein ganz kleiner Prozentsatz bereits im Besitz einer

eigenen Wohnung sein. Warum besitzen sie keine? Man  
 frage sie selbst, wie sie jede Gelegenheit benutzen, um sich  
 eine Wohnung zu beschaffen und wie es ihnen trotz der  
 größten Mühe nicht gelungen ist, auch nur eine Einzimmer-  
 wohnung zu erhalten. Und trotzdem behauptet man,  
 es bestände eigentlich gar keine Wohnungsnot mehr.  
 Brauchen wir wirklich statistisches Material? Es erscheint  
 uns überflüssig. Man frage nicht nur jung Verheiratete  
 und Flüchtlinge. Man höre kinderreiche Familienväter,  
 man höre unsere Ärzte, unsere Geistlichen, unsere so-  
 zialen Fürsorgereinen, man höre unsere Jugendpfleger,  
 man frage die Tuberkulosefürsorgestellen, die Beratungs-  
 stellen für Geschlechtskranke, man frage unsere Richter,  
 die Insassen unserer Gefängnisse und Zuchthäuser, ob  
 es eine Wohnungsnot gibt. Man wird, ohne die Ant-  
 wort abzuwarten, die Antwort verstehen. Will man aber  
 eine Statistik aufmachen, dann nicht eine von einseitigem  
 Interessentenstandpunkt aus diktierte. Vergleichen wir nach  
 dieser Richtung die Zahlen von zwei Städten, wenn  
 man statt die Belegungsrate die Familienzahl nimmt.  
 Obwohl man in Dresden vor dem Kriege 3,95, nach  
 dem Kriege 3,59 Einwohner in einer Wohnung zählte,  
 zählte man zur gleichen Zeit vor dem Kriege 136 930  
 Haushaltungen und nach dem Kriege 152 797. In Ham-  
 burg kamen vor dem Kriege auf eine Wohnung 3,78  
 Einwohner, nach dem Kriege 3,73. Dagegen waren es  
 vor dem Kriege 257 864 Haushaltungen und nach dem  
 Kriege 300 186. Obwohl also weniger „Köpfe“ vor-  
 handen waren, waren es bedeutend mehr Haushaltungen,  
 was zu erklären ist an der Abnahme der Bevölkerung  
 durch den Krieg, Todesfälle und Auswanderung und an  
 der Zunahme durch Flüchtlinge und Eheschließungen. Es  
 sei aber noch einmal betont, während durch Todesfälle  
 von Familienangehörigen selten eine Wohnung frei wird,  
 werden durch Flüchtlinge und Eheschließungen und Zu-  
 wanderung Wohnungen benötigt. Etwas anderes kommt  
 noch hinzu. Es muß berücksichtigt werden, ob in dem  
 Verhältnis der Bevölkerungszahl mit verschiedenem  
 Raumbedürfnis etwa eine Verschiebung eingetreten ist.  
 Die Zahl der Kinder, die einen geringeren Raum als  
 erwachsene Menschen beanspruchen, ist seit 1914 erheblich  
 zurückgegangen. Eingehendere Untersuchungen in einigen  
 Städten mit guten statistischen Beamten zeigen, daß die  
 kleinen Haushaltungen mit drei oder weniger Personen  
 die ganze Vermehrung auf Kosten der kinderreichen Haus-  
 haltungen an sich gezogen haben. Wenn eine Familie  
 mit vier kleinen Kindern vor dem Kriege noch mit einer  
 Zweizimmerwohnung auskommen konnte, dann ist dadurch,  
 daß die Kinder zehn Jahre älter wurden und daß die  
 Geschlechter jetzt getrennt schlafen müssen und mehr Raum  
 beanspruchen, schon das Bedürfnis nach mehr Wohn-  
 räumen bei der gleichen Kopfzahl eingetreten. Es könnte  
 noch mehr dazu gesagt werden, wie eine Statistik aus-  
 sehen muß, wenn sie wirklich etwas beweisen soll. Wir  
 geben deshalb wenig um eine solche Statistik, und es  
 würde auch jahrelang dauern, bis sie wirklich korrekt  
 durchgeführt wäre, und bis man Schlüsse daraus ziehen  
 wollte, wäre sie wieder durch den Gang der Ereignisse  
 überholt.

Die rauhe Wirklichkeit sollte jedem, der Augen  
 und Ohren und Sinn für Wirklichkeit hat, genügend  
 Beweis sein dafür, daß wir eine wirkliche und nicht  
 eine erdichtete Wohnungsnot besitzen, und daß von  
 einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage an Woh-  
 nungen heute gar keine Rede sein kann. Solange die  
 Neubautätigkeit nicht in stärkerem Maße betrieben und  
 ein großer Teil der alten verfallenen Wohnungen nicht  
 wieder hergerichtet und in einen einigermaßen menschen-  
 würdigen Zustand versetzt wird, wird man noch im  
 Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit und aus so-  
 zialen Gründen eine Regelung der Verteilung der Woh-  
 nungen vornehmen müssen. (Fol. Treffer.)

### Die neue Regierung und die Sozialpolitik

In der programmatischen Erklärung, mit der Reichs-  
 tagler Dr. Luther am 19. Januar vor den Reichstag  
 getreten ist, findet sich die folgende ausführliche Stelle  
 über die Sozialpolitik:

Nur durch Stärkung und Gesundung der deut-  
 schen Wirtschaft kann auch die Grundlage gefunden  
 werden, um die sozialpolitische Arbeit, die seit Jahr-  
 zehnten der Stolz des deutschen Volkes gewesen ist,  
 im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu leisten  
 und weiter auszubauen. Für die Sozialver-  
 sicherung war das Jahr 1924 ein Jahr des  
 Wiederaufbaues. Die weitere Ausgestaltung  
 ist aus soziale Pflicht. Die bereits in Vor-  
 bereitung befindlichen, diesem Zwecke dienenden Ge-  
 setzentwürfe sollen bald dem Reichstag zugeleitet  
 werden. Dem nach wie vor drückenden Problem der  
 Erwerbslosigkeit sucht die Reichsregierung durch  
 Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit und durch  
 Errichtung einer Arbeitslosenver-  
 sicherung gerecht zu werden.

Auch auf dem Gebiet des Arbeitsrechts  
 soll kein Stillstand der Sozialreform eintreten, ins-  
 besondere glaubt die Reichsregierung, dem Wunsch  
 aller Parteien entsprechend, ohne Verzug den Ent-  
 wurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes den gleichgebenden  
 Körperschaften unterbreiten zu können. Die Reichs-  
 regierung ist sich bemüht, daß die augenblickliche  
 Arbeitsgesetzgebung nur ein durch die besonderen  
 Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht darstellt und  
 daß die aus ihr erwachsenden sozialpolitischen Fragen  
 so schnell bereinigt werden müssen, als es die Besor-  
 rung der Wirtschaftslage irgend zuläßt.

Was die Lohn- und Gehaltsentwid-  
 lung betrifft, so wird sich die Regierung dafür  
 einsetzen, daß Verbesserungen der wirt-  
 schaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft  
 zugute kommen. Durch Verbesserung der Indus-

Berechnung soll größere Klarheit über die wirkliche Kaufkraft der Arbeitseinkommen geschaffen werden.

Die Regierung wird, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist, in dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft fortfahren. Dabei wird sie sorgfältig die Bedürftigen, die wirtschaftlich Schwachen und die kuderreichen Familien berücksichtigen, insbesondere wird sie nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freierwender Räume vorsehen.

Eine gesunde Sozialpolitik dient nicht etwa nur dem Wohle der Arbeitnehmer, sondern ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des gesamten Volkes aufs innigste verknüpft. In ihr finden sich daher alle Stände zusammen. Sie sollen alle in sich gesunden und, selbsttätig ihre Interessen fördernd, dem Wohle des Ganzen dienen.

Dazu bemerkt die „Soziale Praxis“, das angefehene Organ der Gesellschaft für soziale Reform:

„Diese Erklärung ist sichtlich äußerst sorgfältig abgewogen. Es war von vornherein unwahrscheinlich, daß eine Regierung, an deren Spitze Dr. Luther, der selbst seit langen Jahren Ausschußmitglied der Gesellschaft für soziale Reform ist, steht und der bewährte und langjährige Arbeitsminister Dr. Brauns angehört, den Stillstand der Sozialreform ankündigen würde. Die genannten Männer werden in Verbindung mit Dr. Gehler, dessen sozialpolitische Vergangenheit jetzt von einzelnen Parteien allzu sehr vergessen zu werden scheint, und mit Minister Schiele, der durchaus nicht, wie es in einem Teile der Presse hieß, dem sozialpolitisch rückwärtigen Flügel seiner Partei angehört, gewiß bemüht sein, die soziale Reformarbeit nicht einschlagen zu lassen. Daß andererseits die Gegenkräfte gegen den sozialpolitischen Fortschritt innerhalb und außerhalb des Kabinetts augenblicklich recht stark sind, wird niemand verkennen können, der die Augen nicht gegen offensichtliche Tatsachen absichtlich verschließt. Der Mut nach dem sogenannten Bürgerblock, dessen Verwirklichung weiten Volksteilen wie eine Verleugnung der im Weltkriege bewährten wirklichen Volksgemeinschaft erschienen wäre, und die Befriedigung, mit der das neue Kabinett gerade von einem Teile der Presse, die nach dieser Parteikonstellation gerufen hatte, aufgenommen worden ist, mußte die Arbeiterchaft weit über deren sozialdemokratischen Teil hinaus stufig machen. Es wird sich nun in der Praxis zeigen müssen, inwieweit Beschränkungen berechtigt sind, zu denen die Regierungserklärung als solche keinen Anlaß gibt.“

Das ist im wesentlichen auch unsere Meinung. Wir sind also die Taten der neuen Regierung ab. Daß es die Gewerkschaften an nichts fehlen lassen werden, um ihr das soziale Gewissen zu schärfen, davon dürfen die Mitglieder überzeugt sein.

Am 14. Februar 1925 ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

minder wichtiges Glied in der Kette der Gesamtwirtschaft, und die Wirtschaft nicht als Beherrscherin, sondern als Dienerin der Menschen, die zu ihr schaffen und geschafft haben, ist an eine Gesundung nicht zu denken. Es ist und bleibt ein Trugschluß, daß die Wiederherstellung der Wirtschaft nur erreicht werden könne durch Hinstellung des wertvollsten Trägers und des höchsten Ziefes der Volkswirtschaft: des Menschen. Von dem Standpunkte aus betrachtet sind auch Wirtschaft und Sozialpolitik wechselseitig bedingt, so daß auf die Dauer das eine oder das andere gar nicht zur Auswirkung gelangen kann.

Er schließt von sich auf andere

Es ist die natürliche Veranlagung jedes Menschen, mit dem geringstmöglichen Aufwand an Kraft und Arbeit den größtmöglichen Effekt oder Nutzen zu erzielen. Auf den Arbeiter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung übertragen, bedeutet das: Im Rahmen der betriebs- und volkswirtschaftlich geforderten Notwendigkeiten mit dem geringsten Zeitaufwand eine möglichst große Gütermenge herzustellen, von der er den Teil, der ihm kraft seines wirtschaftlichen Bedeutung zukommt, im gerechten Ausmaße erhält.

Diese Selbstverständlichkeit benutzt Dr. von Scheven in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ (4/1925) zu der Entdeckung, daß „die Bestrebungen der Gewerkschaften aller Richtungen rein materialistischer Art seien und sich auf die Formel bringen ließen: Wenig Arbeit — hoher Lohn.“ Er hätte den Gedanken weiterspinnen können und hinzufügen sollen, daß die gleichfalls materialistischen Unternehmerwünsche zusammenzufassen seien in die Formel: Viel Arbeit — wenig Lohn. Ist es denn notwendig, die Dinge immer einseitig zu betrachten und den anderen vorzuerwerfen, was man selbst praktizierte? Dabei haben die christlichen Gewerkschaften ihrer ganzen Tradition und Geschichte nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten einseitiger Rechnung getragen, wie viele Unternehmer. Und wenn mancher Arbeitgeberverband seine Mitglieder genau so ideal eingestellt hätte, wie es die christlichen Gewerkschaften von jeher taten, dann stände es um die Vereinerlichung der sozialen Atmosphäre um vieles besser.

Dr. von Scheven täte somit sehr gut daran, den Vorwurf des Materialismus zunächst einmal an die Adresse der Leute zu richten, die hinter ihm stehen. Den Kampf der Arbeiter um ihre und ihrer Angehörigen Existenz mit Materialismus zu bezeichnen, ist weder geistreich, noch zeugt es von einer vornehmen Gesinnung. Aus welcher Einstellung heraus er selbst die wirtschaftlichen Erscheinungen beurteilt, offenbart er mit der Behauptung, daß die Arbeitszeitfrage eine reine Machtfrage sei, und mit dem Eingeständnis: die Unternehmer seien darauf bedacht, den Kreis der nach § 7, 1 schutzbedürftigen Personen möglichst eng zu ziehen. Mit welchem Rechte wendet er sich dann aber gegen die Abwehrbestrebungen der Arbeiter? In einem hat er recht, daß nämlich den Gewerkschaften die Erkenntnis des Primates der Wirtschaft über die Sozialpolitik völlig fern liege. Doch er mag sich damit trösten, daß es so bleiben wird, weil die Gewerkschaften es nicht verantworten können, daß durch die von ihnen zugelassene Vernichtung der Arbeitskraft der Wt abgeklärt wird, auf dem auch Herr von Scheven sitzt.

Volkseinkommen und Kapitalkraft

Vor dem Kriege schätzte man das jährliche Gesamteinkommen des deutschen Volkes auf 43 Milliarden Mark. Bei 60 Millionen Einwohnern entfielen also auf den Kopf rund 716 Mark. Eine hohe Ziffer hatte der jährliche Zuwachs an Volkswohlstand erreicht. Man schätzte etwa 3 Milliarden Mark neue Börsenwerte jährlich; der durchschnittliche Jahreszuwachs bei den Kreditbanken betrug 460 Millionen Mark, bei den Sparkassen 690 Millionen Mark. Das Vermögen der Arbeiterversicherung und die Prämienreserven der Lebensversicherung wuchsen um etwa 500 Millionen jährlich. Diese Summen zusammen ergaben eine Kapitalaufblähung von etwa fünf Milliarden jährlich. Von dem Gesamteinkommen des Volkes wurden also rund 13 Prozent gepart oder auf den Kopf gerechnet zirka 86 Mark jährlich. Nach einer Statistik der Dresdner Bank wurden Ende 1918 an der Berliner Börse festverzinsliche Werte im Nominalbetrag von 2,5 Milliarden Mark notiert. Der Hypothekendarlehen hatte eine Höhe von 33 Milliarden Mark erreicht. Die privaten Hypotheken hatten die gleiche Höhe erreicht. Im ganzen rechnete man mit etwa 100 Milliarden Mark, die als „fest verzinslich“ zu bezeichnen waren. Sie ergaben einen Kapitalertrag von etwa 5 Milliarden, die gleiche Summe, die als Zuwachs an Volkswohlstand errechnet wurde. Mühen mit heute wie in Vorkriegszeiten ein Einkommen von 43 Milliarden und einen Vermögenszuwachs von 5 Milliarden, so mühten wir, (nach den Bestimmungen des Dawes-Gutachten) mindestens die Hälfte davon oder pro Kopf 43 Mark für Reparationen aufzuwenden.

Laribewegung

Feuerung- und Schornsteinbau

4. Lohnfestlegung. Für alle feuerungstechnischen Arbeiten sind für die Zeit vom 5. Februar 1925 bis 1. April 1925 nachfolgende Löhne festgelegt: Der Reichsgrundlohn errechnet sich gem. B. D. 2a des Vertrages auf Pf. 82,2. Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschl. Gehaltsgeld:

Table with 4 columns: Occupation, Berlin, Hamburg, and a combined column for Berlin and Hamburg. Rows include Feuerungsmaurer, Feuerungshelfer, Schornsteinmaurer, etc.

Die Fahrtenfähigkeit beträgt allgemein gem. B. D. 5a des Vertrages: Eisenbahnfahrpreis und 4 Pfennige für jeden zurückgelegten Kilometer.

Die Aufwandsentschädigung gem. B. D. 3 des Vertrages beträgt allgemein: für Verheiratete 3,30 Mark, für Ledige 2,90 Mark.

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumaurerlohn einschl. Gehaltsgeld einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5 Prozent, der Schornsteinmaurer stets 10 Prozent über den Hochbaumaurerlohn erhält. Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbaumaurerlohn. Gehaltsgeld, Begegeld sind mit einbeziffen.

Für Berlin und Hamburg wurde gem. B. D. 2b des Vertrages der zurzeit gültige Ortslohn mit 96,72 bzw. 103 Pf. zugrunde gelegt. Die Löhne für Berlin haben bis 24. 2. 1925 Gültigkeit, die Löhne für Hamburg bis zum 1. 4. 1925.

Sozialpolitik

Die Höchsthöhe der Erwerbslosen-Unterstützung betragen vom 2. Februar 1925, bis auf weiteres wochentäglich im Wirtschaftsgebiet I (Osten):

Table showing unemployment support amounts for different categories (1. für Personen, 2. als Familienzuschläge) in different districts (A, B, C, D/E) for the Eastern region.

Wirtschaftsgebiet II (Mitte): in den Orten der Ortsklassen A B C D/E

Table showing unemployment support amounts for different categories in the Middle region.

Wirtschaftsgebiet III (Westen): in den Orten der Ortsklassen A B C D/E

Table showing unemployment support amounts for different categories in the Western region.

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Beträge übersteigen:

Table showing maximum support amounts for different districts (I, II, III) in the Eastern, Middle, and Western regions.

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung) nicht übersteigen.

Die selbständige Unterstützung, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zusätzliche der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Sind Pfennigbeträge auszuführen, die nicht durch fünf teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden. Die Unterstützungssätze sind für Männer und Frauen völlig gleich.

Aus dem Verbandsleben

Zuziehung ausländischer Bauarbeiter?

Aus Aachen wird uns geschrieben: Nachdem in den letzten Jahren das Baugewerbe eine sehr schlechte Konjunktur durchgemacht hat, scheint es, als ob das Jahr 1925 auch für das Aachener Baugewerbe einen Aufschwung bringen soll.

Trotzdem noch eine große Anzahl Bauarbeiter erwerbslos ist und zurzeit auch noch gar nicht fehlt, wenn die Bauaktivität richtig einsetzt, sind Unternehmer und das Arbeitsamt in großer Unruhe über einen angeblichen Bauarbeitermangel.

Um festzustellen, wie groß wohl der Mangel an Bauarbeitern sei und von wo die fehlenden zu holen wären, hatte das Arbeitsamt die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände für den 23. Januar 1925 zu einer Besprechung geladen.

Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe trug dem Arbeitsamt eine ganze Anzahl Wünsche vor:

- 1. Daß den auswärtigen Bauarbeitern eine Fahrpreisermäßigung gewährt werde.
- 2. Daß die Stadt Galle oder sonstige geeignete Unterkunftsräume zur Verfügung stelle für die, welche abends nicht in ihren Heimatort zurückkehren könnten.
- 3. Daß die Industrie ihre Werkmaurer im Sommer an die Bauunternehmer überweist und im Winter sie wieder übernimmt. Sollten die Maurer sich weigern, so habe dieses durch Zwang zu erfolgen.
- 4. Daß bei Vergebung von Arbeiten an auswärtige Firmen eine Klausel eingeführt werde, wonach diese Firmen in Maaßen keine Facharbeiter anwerben und einstellen dürfen, sondern die Facharbeiter mitbringen müssen.
- 5. Daß die gesetzlichen Bestimmungen betr. Beschäftigung von ausländischen Arbeitern für die Bauarbeiter aufgehoben würde.
- 6. Daß ein Arbeiterzug aus Holland nach Aachen eingeleitet würde, damit die holländischen Arbeiter leichter heranzuholen wären.

Als der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Himmerich, darauf hinwies, daß noch eine Anzahl Facharbeiter erwerbslos und trotz aller Bemühungen auch nicht in Arbeit zu bringen wäre, also ein Facharbeitermangel noch gar nicht bestehe, erklärte der Arbeitgebervertreter, daß sich doch schon ein Facharbeitermangel bemerkbar mache.

Wenn nach der Ansicht der Unternehmer jetzt schon ein Facharbeitermangel besteht, dann muß man annehmen, daß die Unternehmer die hiesigen Facharbeiter nicht einstellen wollen, um sie durch Heranziehen von ausländischen Facharbeitern willfähriger zu machen.

Als der Vertreter des Kollegen Himmerich, daß wohl kaum irgendwo Bauarbeiter aus dem übrigen Deutschland über Köln, Düsseldorf, M.-Gladbach usw. nach Aachen kommen, um in Aachen pro Stunde 0,05 M. billiger zu arbeiten, als in den genannten drei Städten, ja selbst im übrigen Regierungsbezirk Aachen, wie in den Kreisen Aachen, Jülich und Erftelen, sei keiner zu haben, weil in diesen Kreisen pro Stunde 0,02 M. mehr gezahlt werden, als in Aachen, erklärte der Arbeitgebervertreter, daß dieser Lohnunterschied durch besondere Zulage auszugleichend werden solle. Also auch deutsche Arbeiter sollen zum Niedrighalten der hiesigen Bauarbeiterlöhne mißbraucht werden!

Es ist selbstverständlich, daß wir mit dafür eintreten, daß unsere Kollegen, welche aus den Sandorten nach Aachen kommen, Fahrpreisermäßigung erhalten. Ebenso, daß für die, welche abends nicht nach Hause können, geeignete Unterkunftsräume geschaffen werden. Uns wäre es allerdings lieber, wenn sie in Einzelquartieren untergebracht werden könnten, da ja erfahrungsgemäß die Massenlager nicht dazu beitragen, das geistige und sittliche Niveau zu heben.

Wogegen wir uns wehren, ist, daß man die Freizügigkeit der Arbeiter unterbinden und den auswärtigen Bauarbeitern den zu niedrig gehaltenen Aachener Lohn durch besondere Zulagen ausgleichen will. Wir sind der Ansicht, daß das, was man den fremden Bauarbeitern zahlen kann, auch den hiesigen Bauarbeitern zu gewähren ist. Wo bleibt übrigens in diesem Fall der Sozialpatriotismus der Aachener Arbeitgeber? Wenn ein fremder Unternehmer nach Aachen kommt, sind sie mehr Sozialpatrioten!

Wenn unsere Kollegen aus den Sandorten nach Holland kommen, wenn die deutschen Bauarbeiter, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch die lange Arbeitslosigkeit und die schlechten Löhne vollständig zerrüttet worden, untergebracht sind. Man erwartet wie selbstverständlich, daß sich die ausländischen Kollegen nicht als Lohnrücker mißbrauchen lassen und als Gewerkschaftler ihre Pflicht erfüllen.

Unsere Kollegen im ganzen Verwaltungsbezirk rufen wir zu: Seid auf der Hut, werdet eifrige Agitatoren für unsere Verband, damit wir die Scharte, die uns durch die Solidarität vom November 1923 nur zugefügt wurden, bald ausgleichen können.

**Versammlungen**

**Gladbach.** Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Doll Hobe, begrüßte die leider nicht sehr zahlreich erschienenen und erstellte dem Kollegen Einig das Wort zum Jahresbericht. Dieser konnte hinsichtlich der zahlenmäßigen Entwicklung in der Ortsgruppe feststellen, daß 105 Kollegen im vergangenen Jahre in den Verband aufgenommen wurden, von denen aber nur ein Bruchteil der Organisation erhalten blieb. Neben dem häufigen Versammlungsbesuch liege dieser Verlust in der Hauptsache an der Launigkeit der Kollegen auf den Sandorten. Ein Banbelegierter ist nur aus einzigen Banstellen angereisen gewesen, darunter lag zeitweilig das Hausleijerwesen sehr im argen. Sollen diese Mißstände behoben werden, muß ein neuer Schritt in die Gladbacher Kollegen eingeleitet. Es ist höchste Forderung, daß ein Teil der Kollegen arbeiten zu lassen. Der auswärtigen Bericht für die Verwaltungsstelle stellte er für die am 15. Februar stattfindende Generalversammlung in Aussicht. Sodann wurde die Vorstandswahl vorgenommen, die die Wiederwahl des alten Vorstandes ergab.

**Kirchellen.** Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der alte, verdienstvolle Vorsitzende Kommeswinkel ließ die in erfreulich großer Anzahl erschienenen herzlich willkommen, besonders den Kollegen Einig (Gladbach). Dieser referierte über die wirtschaftliche Lage der deutschen Bauwirtschaft im letzten Jahre, unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Baugewerbe. Die Hauptursache des uns jetzt einschüßenden Notstandes war, daß, wenn die Bauwirtschaft, insbesondere die Bauarbeiter, in diesem Jahre dem Kampf der vereinigten Eigentümer im Arbeitgeberlager erfolgreich begegnen wolle, das nur durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organi-

sation geschehen könne. Für uns christliche Bauarbeiter müsse die Forderung in diesem Jahre lauten: „Gemein in den christlichen Bauarbeiterverband, nur dann kann unsere wirtschaftliche Lage gebessert werden.“ Den gehaltenen Ausführungen folgte allgemeiner Beifall. Die anschließend vorgenommene Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Kollegen von Kirchellen sorgt dafür, daß der gute Geist, der in der Generalversammlung herrschte, das ganze Jahr anhält!

**Westerholt.** Unsere Generalversammlung fand am 31. Januar im Lokale Birtz statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Einig (Gladbach) in warmen Worten des so plötzlich verstorbenen 1. Vorsitzenden, des Kollegen Anton Speith. Die Kollegen hatten sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Sodann hielt Kollege Einig einen Vortrag über die Entwicklung des Baugewerbes und der Lohnverhältnisse im vergangenen Jahre. Er stellte an Schluß seiner interessanten Ausführungen fest, daß infolge der Ungunst der Verhältnisse sowie Launigkeit der Bauarbeiter es im vergangenen Jahre den Bauarbeiterverbänden nicht möglich war, die Löhne so zu gestalten, wie es der Verteuerung der Lebensweise entspricht. Diese Scharte müsse im neuen Jahre unbedingt ausgewetzt werden. Die Ortsgruppe Westerholt biete hierfür eine gute Gewähr, da sie immer ihre Pflicht in vorbildlicher Weise erfüllt habe. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten, in der als 1. Vorsitzender Kollege Röttger gewählt wurde.

**Lembd-Neuen.** Unsere Gründungsversammlung fand am Sonntag, den 1. Februar, in Lembd statt. Kollege Einig (Gladbach) referierte über Ziele und Bedeutung des christlichen Bauarbeiterverbandes. Nachdem er den Werdegang des Verbandes geschildert hatte, zeigte er den Kollegen die praktische Auswirkung der gewerkschaftlichen Betätigung an einer Reihe von Beispielen auf. Die hiesigen Kollegen arbeiten an einem Wegebau, der bis zum 18. Oktober als „Kleine Rotlandsarbeit“ gefördert wurde. Ab 19. Oktober mußte der Tariflohn gezahlt werden, was aber die Bauleitung des Kreises Recklinghausen verweigerte. Erst durch kräftiges Eintreten der Organisation konnte den Kollegen zu ihrem Rechte verholfen werden. Die Kollegen erkannten die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses an und schlossen sich sofort mit 35 Kollegen unserem Verbande an. Die noch Abseitsstehenden müssen und werden folgen. Das gilt besonders auch von den Hochbauarbeitern, die hoffentlich bald dem Beispiel ihrer Tiefbaukollegen folgen.

**Bau-Rundschau**

**Planlose Bauwirtschaft**

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Deutsche“ folgende bemerkenswerten Ausführungen: „In den Kreisen des Baugewerbes und der Baustoffindustrie rechnet man mit einer unmittelbar bevorstehenden sehr starken Baukonjunktur. Die Frage der Beschaffung der nötigen Anzahl Facharbeiter beginnt wieder etwas akut zu werden, und es wird in bestimmten Kreisen bereits allen Ernstes die Frage erörtert, ob und inwieweit eine Heranziehung ausländischer Arbeiter angestrebt werden soll. Auch die angeblich hohen Löhne der ungelerten Arbeiter müssen wieder als Ursache für den zu erwartenden Facharbeitermangel herhalten.“

Große Sorge macht den verschiedenen zuständigen Kreisen die Baustoffbeschaffung. Die Lager sind größtenteils geräumt. Soweit noch Bestände vorhanden sind, sind sie verkauft oder der Verkauf ist lediglich aus preispolitischen Erwägungen des derzeitigen Besitzers, der später noch mehr dafür zu erhalten hofft, noch nicht zustande gekommen. Die 1000 Mauersteine, die im Juli 1914 in Berlin 20 Mark gekostet haben, die vor mehreren Monaten für 9-12 Mark angeboten wurden, kosteten zu Beginn dieses Jahres 47-49 Mark. In den letzten Tagen sollen schon 60 M., also das Dreifache des Vorkriegspreises gefordert worden sein. Der Doppelzentner Zement, der im Juli 1914 in Berlin 3,47 M. gekostet hat, kostet schon 4,70 M. Das Fensterglas, nämlich, 3. Sorte, das vor dem Kriege in Berlin für 1,75 M. das Quadratmeter zu haben war, kostete in den ersten Januartagen 3,75 M. und ist heute für diesen Preis kaum mehr zu haben. Seht die erwartete Belebung tatsächlich in dem vollen erhofften Umfang ein, so werden diese Preise bis gegen Jahresmitte noch sehr erheblich weiter vorgetrieben werden. Auch hinsichtlich des Straßenbaues und der Straßenbaustoffe liegen die Dinge ähnlich. Dann wird die Einfuhr ausländischer Baustoffe in großen Mengen verlangt werden. Ein Mangel im Inland ist dann leicht nachweisbar und die Preispolitik der Baustoffindustrie, die sich für die Verluste des langen Stillstehens schadlos halten wollen, macht das Einfuhrgeschäft lohnend und vom Konsumentenstandpunkt aus gesehen, volkswirtschaftlich vertretbar. Wäre unsere gesamte Bauwirtschaft nicht so entzweit planlos, so könnten solche Einfuhren reiblos gespart, die dafür erforderlichen Devisen für die Einfuhr wirklich aus dem Auslande notwendiger Rohstoffe und Rohmaterialien verwendet werden. Wenn man schon keinerlei Jugendwirtschaft oder sonstige behördliche Reglementierung will, sollte es dann bei dem Stande der heutigen freiwilligen Wirtschaftszustandorganisationen nicht möglich sein, zu einer freien Aussprache und zu freien Vereinbarungen der am Bauwesen interessierten Organisationen und Behörden zu kommen? Ist es wirklich notwendig, daß alles gleichzeitig mit Vorwurben auf den Plan tritt, daß alle bauausführenden Stellen einige Zeit ungenutzt überdauert werden, eine ungeheure Ueberspannung der Banlosten herbeigeführt wird, die das ganze Volk dauernd belastet? Ist es notwendig, daß dann in absehbarer Zeit wieder

ein großer Teil der Anlagen ungenutzt stillliegen, teilweise verfallen, Hunderttausend Deutsche die öffentliche Erwerbslosensfürsorge belasten und dabei noch hitere Not leiden und teilweise dem Radikalismus in die Arme getrieben werden? In diesem Zustand, der die übergroße Mehrzahl der einschlägigen gewerblichen Unternehmungen schwer belastet und das ganze Volk ungeheuer schädigt, kann nur ein ganz kleiner Kreis sehr kapitalkräftiger Geldleute ein Interesse haben.

Man möchte meinen, daß unser Reichswirtschaftsministerium und unser Reichsarbeitsministerium eine gewisse Verpflichtung hätten, wenigstens zu versuchen, dieser Planlosigkeit in etwas zu steuern. Vielleicht würde eine von diesen Stellen angebahnte Aussprache der leitenden Personen der Organisationen des Baugewerbes, der Baustoffindustrie, der Stadt- und Landgemeinden, Kreise und der Bauämter der Reichs- und Landesbehörden mit dem Ziel einer einflussreichen kurzfristigen Zurückstellung der für den Augenblick nicht vordringlichsten Bauten auf dem Wege freier Verständigung anzubahnen, doch nicht ganz erfolglos sein. Auch die Arbeitnehmerorganisationen dürften dabei nicht verharren werden. Ein, wenn auch nur vorerst kleiner Erfolg, würde der ohnehin schwer genug belasteten deutschen Volkswirtschaft manche Goldmillionen nutzloser Ausgaben ersparen und eine Summe von Not und Erbitterung für spätere Monate verhüten können. Es müßte aber bald gehandelt werden.“

**Bücherchau**

**Die wirtschaftliche und soziale Lage der beruflichen Krankenpflege in Deutschland.** Von Georg Streiter, Mitglied des Reichsgesundheitsrats. 2. Aufl. 212 Seiten, Preis 6.60 Mk. Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Der langjährige Führer unserer Krankenpflegerbewegung hat seinen seine wissenschaftlichen Studien über die berufliche Krankenpflege in neuer, sehr ergänzter Auflage erscheinen lassen. Dabei ist er weit über den Rahmen seines Themas hinausgegangen, indem er die allgemeinen Aufgaben einer neuzeitlichen Wohlfahrtspflege zeichnet, ein Gebiet, auf dem auch unsere Gewerkschaften noch viel intensiver mitarbeiten sollten. Selbstverständlich stehen die berufskundlichen Fragen der Krankenpflege im Vordergrund. Sie sind in einer Weise beleuchtet worden, daß die Kritik mit ihrer Anerkennung nicht zurückhält. So sind die Fragen der beruflichen Ausbildung und Prüfung, der Arbeitszeit, der Bezahlung, der Wohnung usw. ausführlich behandelt. Auch den verwandten Rechtsfragen auf medizinischem Gebiete, ferner der Sozialversicherung, hat Streiter sein Interesse zugewandt. Mit Erschütterern liest man von den Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnissen in der Krankenpflege, die den Gesehgeder zu schmerzlicher Abhilfe veranlassen sollten. Eine Unfallversicherung fehlt vollständig!

Da wissenschaftliche berufskundliche Darstellungen in unserer Gewerkschaftsbewegung bisher noch sehr selten sind, ist diese Schrift besonders beachtlich und zu begrüßen. Bestellungen wolle man an den Christlichen Gewerkschaftsverlag (Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-allee 25) richten.

**Bekanntmachung**

**Bezirk Nürnberg**

Am 22. Februar 1925, vormittags 10 Uhr, findet in Nürnberg in den „Humboldtälen“, Humboldtstraße, eine Delegierten-Konferenz

statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Lage des Bezirks. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 3. Anträge an die Generalversammlung. 4. Beitragsfrage. 5. Verschiedenes.

Jede Verwaltungsstelle ist verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden; Fahrt 4. Klasse und Mittagessen wird vergütet. Die Verwaltungsstellen, die Anträge an die Generalversammlung stellen wollen, werden gebeten, diese zur Konferenz mitzubringen. Matthias Wbt., Bezirksleiter.

**Sterbetafel**

Infolge Nierenleidens starb der Kollege Otto Gieren. Verwaltungsstelle Solingen. Ehre seinem Andenken!

**Selbststrafferer**

benutzt die Deutsche „Wiking“-Rasterringel Beste Edelfabrik-Produkt.

Rein Schleifen der Ringe mehr nötig, da der Neupreis für die „Wiking“-Rasterringel nicht höher wie die Kosten des Nachschleifens.

Reklamepreis pro 100 St. (mit 6.80) einschließlich 50 4.70) Versandung dazu ein Rasterrapparat in hochwertigem Stahl gratis

Nachnahme 50 Pfennig mehr. Versand direkt an Verbraucher u. Niederhändler. Allein-Vertrieb: Karl Fr. Becker, Garmburg, Solomaden 43. Preiswerte Rasterringel in allen Ausführungen.